

## Frage des Tages

**Finden Sie das Vorgehen der Post in Allschwil tragbar?**

Weil bei den Briefkästen eines Betagtenheims die Milchfächer fehlen, landet Post nicht direkt beim Empfänger. [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern:  
**Befürworten Sie einen Bahnanschluss an den EuroAirport?**



## Zur Kritik am Aufgaben- und Finanzplan der Baselbieter Regierung

# Der SP fehlen die Alternativvorschläge

Von Thomas Dähler



«Das Brot für die Grossen – die Brosamen für die Kleinen»: So hat die Baselbieter SP den Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022 kommentiert, den der Baselieter

Finanzdirektor Anton Lauber diese Woche präsentiert hat. «Der ruinöse und kontraproduktive kantonale Wettbewerb bei den Unternehmenssteuern soll das Baselbiet rund 52 Millionen Franken kosten; ausserdem soll eine Reform der Einkommens- und Vermögenssteuern zu weiteren Steuererhöhungen von 30 Millionen Franken führen», steht weiter in der von den Sozialdemokraten verbreiteten Stellungnahme.

Im Fokus ihrer Kritik steht demnach die Umsetzung der Steuervorlage 17 und die für 2022 angekündigte kantonale Steuerreform. Die SP ist folglich nicht bereit, auf den von der OECD und der G20 erzwungenen Wegfall der pri-

vilegierten Besteuerung eine abgefederte Alternative anzubieten. Kein Grund zur Beunruhigung ist es für die SP auch, dass der Kanton Baselland bei den Steuern für Gutverdienende im interkantonalen Vergleich auf einem der letzten Plätze landet. Denn der Steuerwettbewerb ist des Teufels.

Was diese Finanzpolitik ausrichtet, hat der Kanton Baselland schon einmal erfahren. Keine zehn Jahre ist es her, dass die SP im Kanton Baselland mit der Forderung durchgedrungen ist, nicht arbeitstätigen Ausländern die Besteuerung zu einem Sondertarif zu verweigern. «Wenn nur eine der betroffenen Personen ohne diese Sondersteuer im Baselbiet bleibt, kassiert der Kanton mehr als vorher», sagte damals der Baselieter SP-Sekretär. Heute wissen wir: Alle sind in einen anderen Kanton umgezogen; nicht ein einziger blieb. Der Steuerwettbewerb lässt sich nun mal nicht im Alleingang abschaffen.

Seit Jahren weiss man im Kanton Baselland, dass es schwierig ist, gut verdienende Zuzüger ins Baselbiet zu holen. Platz 23, 24 oder 25 im inter-

kantonalen Vergleich bei der Steuerbelastung für gut dotierte natürliche Einkommen schreckt neue Steuerzahler ab. Das wissen unsere Nachbarn in den Kantonen Aargau, Solothurn und Basel-Stadt – und nützen es gnadenlos aus.

## Der Steuerwettbewerb lässt sich nun mal nicht im Alleingang abschaffen.

Ein Debakel ergäbe sich, wenn der Kanton Baselland die kantonale Version der Steuervorlage 17 nach sozialdemokratischer Empfehlung bachab schickte. Hier allerdings würde nicht nur der Wegzug von Unternehmen bedauert werden müssen. Hier wären auch Verluste beim nachgelagerten Gewerbe und bei den Steuereinnahmen natürlicher Personen zu beklagen. Der Grat, den der Kanton beschreitet, ist hier schmal: Die Unternehmenssteuern sind so anzusetzen, dass sich Wegzüge der Statusgesellschaften in Grenzen

halten, gleichzeitig aber für den Kanton die Steuervergünstigungen für andere Unternehmen verträglich bleiben. Entsprechend ruinös wäre es, wenn der Kanton Baselland beim Übergang zum neuen System gar nichts unternähme.

Selbstverständlich ist es legitim, dass die SP, die zurzeit keine Regierungsverantwortung trägt, die Steuerpläne der Regierung schlechtedet. Nur müsste sie auch Alternativen aufzeigen – wie dies etwa auf nationaler Ebene geschehen ist, als die SP die Unternehmenssteuerreform III erfolgreich bekämpfte und inzwischen auf dem Parkett der Bundespolitik einen Kompromiss mitgeschmiedet hat, der zum Bedauern der bürgerlichen Hardliner gute Aussichten auf Erfolg hat. Im Baselbiet aber war ausser dem Nein zu den kantonalen Parametern der Steuervorlage 17 bisher wenig zu vernehmen.

Kathrin Schweizer, Regierungsratskandidatin der SP, tritt mit zwei Vorschlägen an, wie das Steuersubstrat des Kantons verbessert werden könnte. Die eine Variante allerdings ist schwierig umzusetzen: Sie möchte mit den Nachbarkantonen gemeinsam eine Erb-

schaftssteuer für hohe Vermögen einführen – gegen den Trend der Kantone, diese abzuschaffen. Nun: Versuchen kann man, aber es wird wohl bestimmt einen Kanton geben, der die Chance eines Wettbewerbsvorteils weiter nutzt. Schliesslich fordert Schweizer, die Planungsmehrweite rasch zu besteuern. Das ist begrüssenswert. Doch daraus resultieren keine Steuereinnahmen, sondern Einnahmen, die gemäss eidgenössischem Raumplanungsgesetz zweckgebunden für Massnahmen der Raumplanung einzusetzen sind.

Fazit: Zu den Vorschlägen der Regierung, sich im interkantonalen Steuerwettbewerb gut aufzustellen, sind zurzeit keine Alternativvorschläge auf dem Tisch. Solche braucht es aber, wenn künftig «für die Kleinen» mehr als «Brosamen» verteilt werden sollen, ohne gleichzeitig wieder rote Zahlen zu schreiben. Hier fehlt es der SP nicht an Vorschlägen: mehr Geld für die Krankenkassenprämien, für den ÖV, für die Bildung, für die Gesundheitsprävention, für die Integration von Ausländern, für die Kultur und vieles mehr. [thomas.daehler@baz.ch](mailto:thomas.daehler@baz.ch)

# Wühltisch-Post über Köpfe der Empfänger hinweg

Post Allschwil verweigert Betagten die Briefkastenzustellung – jetzt schaltet sich Nationalrätin Schneeberger ein

Von Daniel Wahl

**Allschwil.** Müssen die Betagten im «Central – Haus für betreutes Wohnen» in Allschwil dulden, dass ihre Briefpost nicht im Briefkasten landet? Die Post in Allschwil sperrt sich dagegen, den Empfängern Krankenkassenrechnungen, Postkarten und Zeitungen in die vorgeesehenen 34 Briefkästen der Liegenschaft Baslerstrasse 200 einzuwerfen, weil dort jeweils das Milchfach fehlt. Formal entsprechen die Briefkästen tatsächlich nicht den gesetzlichen Vorschriften; das Brieffach allerdings ist normgerecht gross (die BaZ berichtete), sodass im Grunde genommen eine ordentliche Briefzustellung stattfinden könnte.

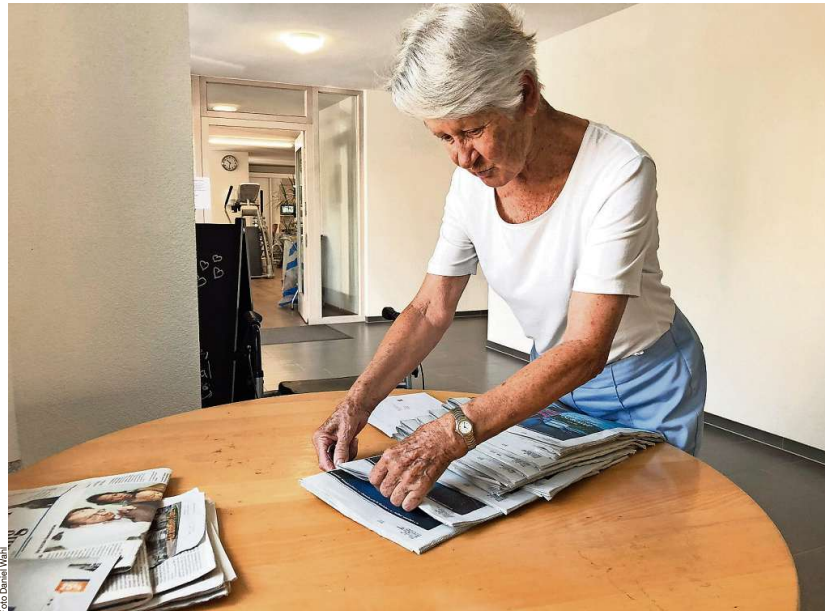
Nun landen je nach Postbote die Briefbündel für die 34 Empfänger auf einem Wühltisch im Eingangsbereich vor dem «Café Central», wo sich die Betagten selber ihre Briefe suchen dürfen. Oder die Briefe werden, wie mit dem Hauseigentümer mittels eines «Verpflichtungsscheins» vereinbart, an der Rezeption des im Haus domizilierten Fitnesscenters abgegeben. Die Angestellten des «Central Training & Therapie» haben sich grundsätzlich bereit erklärt, die Postarbeit zu übernehmen, die Briefe zu sortieren und den Betagten in den Briefkästen zu werfen.

## Wird das Postgeheimnis verletzt?

Theoretisch könnte das Fitnesscenter-Personal, beziehungsweise der Hausbesitzer nun ein Profil der Hausbewohner erstellen: Wer wird betrieben? Wer hat wann Angehörige verloren? Wer erhält von welcher Krankenkasse häufig Rechnungen? Nicht, dass die Angestellten oder der Hausverwalter Leon Van der Merwe dies tun oder missbrauchen würde. Aber die BaZ stellte der Post die Grundsatzfrage, ob mit einer solchen Regelung nicht das Post- und Briefgeheimnis verletzt werde, wenn die Feinzustellung von Privaten vorgenommen würde.

Die Mediensprecher des Staatsbetriebs haben die Frage zunächst nicht beantwortet, obschon sie an ihrer Sitzung darüber hinaus die Frage aufgeworfen hatten, wie die Einhaltung des Postgeheimnisses letztlich auch sichergestellt und kontrolliert werden könnte. Man entschied sich zunächst, der BaZ keine Antwort zu geben, weil sich «der Fall in Basel» zu einem schweizerischen Thema entwickeln könnte.

Mit dieser Zustellungsart dürfte sich der gelbe Riese nach dem Postauto-Skandal in ein weiteres gröberes Problem hineinmanövriert haben. So



**Eigentlich Privatsache.** Die Post leitet Lina Capriones Briefe ohne ihr Einverständnis an den Hausmeister beziehungsweise ins Fitness-Center weiter, wo das Papier auf dem Wühltisch landet. «Das geht nicht», sagt Staatsrechtler Markus Schefer.

schreibt ein Leser: «Dieselbe Beschreibung im Alters- und Pflegeheim Langmatten in Binningen. Die Post aller Insassen lag auf dem geschlossenen Schalter der Verwaltung, zugänglich für jeden. So geht das nicht und dies, obwohl es auch dort eine übersichtliche Briefkastenanlage gibt. Es ist schon mehr als einmal passiert, dass Post fehlte.»

Inzwischen hat die BaZ nachgehört und um die gesetzlichen Grundlagen gebeten. Die Post stützt sich in ihren Antworten nicht auf Paragraphen ab, die eine Delegation des Postauftrages an Private explizit regeln würden. Vielmehr lassen die vorliegenden Antworten des Staatsbetriebs annehmen, dass das Unternehmen im Graubereich arbeitet. «Der Hausbesitzer Leon Van der Merwe hat sich verpflichtet, die von der Post gestellten Auflagen zu erfüllen unter Einbezug der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Post», rechtfertigt sich der Mediendienst der Post und schreibt weiter: «Mit der Übergabe der entsprechenden Sendung an die Institution oder den von ihr Bevollmächtig-

ten endet damit die Transportleistung und die Verantwortlichkeit der Post. Entsprechend liegt keine Verletzung des Postgeheimnisses vor.»

## Grobe Versäumnisse der Post

Damit macht es sich die Post zu einfach. Wie Markus Schefer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht von der Universität Basel sagt, müsste die Post mit den Adressaten – den Empfängern – reden und nicht mit dem Hausmeister. Dies sei der offensichtlichste Fehler. «Die Post müsste die Betroffenen anhören und einen Entscheid fällen. Dieser muss jedem einzelnen Betroffenen mitgeteilt werden, und er muss das Postgeheimnis wahren.» In diesem Entscheid müsste auch mitgeteilt werden, wie der zum Briefkasten alternative Standort ausgestellt ist.

Die Kontaktaufnahme mit den Empfängern, wie es im Postgesetz heisst, hat die Post unterlassen und nur mit Hausbesitzer Leon van der Merwe Kontakt aufgenommen. Der Mediendienst schreibt: «Abklärungen sollen Aufschluss darüber geben, ob der Besitzer

die mit der Post unterschriebene Vereinbarung einhält und das Postgeheimnis gewährleistet ist.»

Ob mit der Delegation des Postauftrages an eine Privatperson das Postgeheimnis verletzt sei, ist eine schwierige Frage. Den Auftrag der Grundversorgung hat die Post bislang mit Konzerngesellschaften geregelt, nicht aber mit Privaten, weiss Schefer und sagt nach Prüfung der Antworten der Post zur Verletzung des Postgeheimnisses: «Die Antwort der Post lässt rechtliche Fragen offen, die näher abzuklären wären.»

## Mögliches Thema im Nationalrat

Von der Geschichte hat indessen auch die Baselieter FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger erfahren. «Ich nehme mich der Sache an», bestätigt sie kurz und bündig. Sie werde noch entsprechend dokumentieren.

Möglich wäre, dass sie einen Vorstoss zur Änderung des Postgesetzes einreichen könnte, damit die Post künftig auch verpflichtet wird, Briefkästen ohne Milchfach zu bedienen. In Österreich wird das seit 2004 praktiziert.

# Über 1700 neue Studierende

Uni Basel begrüsst Zugänge

**Basel.** Am Montag ist es soweit. Für 12066 Studierende und Doktorierende beginnt dann das Herbstsemester 2018. Unter ihnen finden sich 1700 Studienneulinge. 1350 von ihnen starten anfangs nächster Woche ihr Bachelorstudium. Zu diesem Anlass begrüssen die Rektorin Andrea Schenker-Wicki und die Vizedirektoren Thomas Grob und Torsten Schwede die Erstsemester an einer Feier, wo Studierende, Alumni und Mitglieder des Rektorats unter anderem Erfahrungen über ihren eigenen Studienbeginn teilen.

Diese bisher registrierte Zahl von 1350 neuen Bachelorstudenten ist gegenüber dem Vorjahr rückläufig, wie es in einer Medienmitteilung der Universität Basel heisst. So meldeten sich im Jahr 2017 noch 1522 Bachelorstudenten an. Die rückläufigen Eintritte sind vor allem auf die Bildungsharmonisierung Harmos in Baselland zurückzuführen.

Die Maturanden aus dem Landkanton schlossen die Schule erstmals nicht mehr vor Weihnachten, sondern erst im Juni ab. Weil viele Maturanden zwischen dem Schulabschluss und dem Beginn des Studiums eine Pause einlegen, führt diese Verschiebung 2018 laut Universität zu einem Rückgang der Bewerber und Bewerberinnen aus Baselland. Ab nächstem Jahr wird wieder mit einem Anstieg der Zahlen gerechnet.

## Rechtsstudium besonders beliebt

In die entgegengesetzte Richtung entwickeln sich jedoch die Bewerberzahlen für die Masterstufe – der Trend der Vorjahre setzt sich dort fort und man verzeichnet zunehmend Zahlen. Die Immatrikulation für das Herbstsemester ist jedoch noch nicht ganz abgeschlossen.

Besonders beliebt sind bei den Studienanfängern ein Studium der Rechtswissenschaften sowie Biologie und Pharmazeutische Wissenschaften. Bei den Geisteswissenschaften sind Fächer wie Geschichte, Englisch, Medienwissenschaften oder das erste letztes Jahr eingeführte Bachelorstudienfach Politikwissenschaft begehrt.

Der Anteil Frauen liegt nun bei 56 Prozent. Von den bis zum Semesterbeginn immatrikulierten Studierenden kommen 20,4 Prozent aus dem Kanton Baselland, 17,5 Prozent aus Basel-Stadt sowie 15,6 Prozent aus den Kantonen Aargau und Solothurn und 23,2 Prozent aus der übrigen Schweiz. Aus dem Ausland stammen 23,2 Prozent. [www.uni-basel.ch](http://www.uni-basel.ch)